

POSTULAT von Patrick Hächler (CVP, Gossau), Thomas Hardegger (SP, Rümlang),
und Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Massnahmen gegen übermässige Schwebstaubimmissionen bei winter-
lichen Inversionslagen

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, damit bei winterlichen Inversionslagen die Luftqualität betreffend Schwebstaub verbessert werden kann. In einem Bericht soll aufgezeigt werden, welche Lehren im Kanton Zürich aus der lange andauernden belastenden Situation im Januar 2006 gezogen worden sind und wie der Kanton auch mit Sofortmassnahmen steuernd eingreifen kann. Schliesslich soll aufgezeigt werden, in welchem Sinn die Umweltpolitik des Bundes beeinflusst werden muss.

Patrick Hächler
Thomas Hardegger
Susanne Rihs-Lanz

23/2006

Begründung:

Nicht ganz überraschend kam es im Januar 2006 wieder einmal zu einer länger andauernden Inversionslage. Eher überraschend mussten wir aber zur Kenntnis nehmen, dass Gesellschaft und Politik von den Auswirkungen dieser Situation völlig überrumpelt worden sind und unfähig waren, geeignete Gegenmassnahmen zu ergreifen. Dabei waren die Fakten eindeutig: Feinstaubkonzentrationen weit über den offiziellen Grenzwerten, erhebliche gesundheitliche Probleme bei vielen Menschen und eingeschränkte Lebensqualität bei praktisch allen Personen. Dazu gesellen sich erhöhte Kosten im gesundheitlichen Bereich.

Da das Problem zum grössten Teil hausgemacht und der Standort Zürich dabei ein Hauptakteur ist, steht unserm Kanton die noble Aufgabe zu, hier Pionierarbeit zu leisten. Es soll ein Massnahmenkatalog erstellt werden, der geeignet ist, bei der nächsten Inversionslage – die trotz Klimaänderung mit Sicherheit kommen wird – die Immissionen im Kanton Zürich zu beschränken oder gar zu reduzieren. Ausländische Grossstädte (z.B. Stuttgart, Mailand) haben diesbezüglich bereits erste Erfahrungen gesammelt. Deren Durchführbarkeit im Kanton Zürich ist zu analysieren. Als Beispiele möglicher Massnahmen seien erwähnt: MIV-Fahrten einschränken, Dieselfahrzeuge ohne Filter stehen lassen oder industrielle und gewerbliche Prozesse regulieren. Schliesslich soll aufgezeigt werden, welche Anliegen an den Bund getragen werden müssten, damit schweizweit einheitliche Konzepte entstehen.

Begründung der Dringlichkeit:

Damit gegebenenfalls im Winter 2006/07 Massnahmen ergriffen werden können, muss die Planung sofort an die Hand genommen werden.